

Sorge um den Hochschulwettbewerb

Kritische Gedanken von Staatssekretär Mauro Dell'Ambrogio

C. W. Bern, 11. März

Mauro Dell'Ambrogio hat Anfang Jahr als neuer Staatssekretär für Bildung und Forschung von Charles Kleiber Geschäfte übernommen, die in einem fortgeschrittenen Stadium sind oder vom Parlament schon verabschiedet wurden. Dennoch – oder gerade weil ihm die bewilligten Vierjahreskredite etwas Zeit lassen – hat er in einem Referat vor der Schweizerischen Public-Affairs-Gesellschaft in Bern einige kritische Gedanken zur Hochschulpolitik geäußert, speziell zum Gewicht von Koordination und Kooperation.

Von der Kooperation zur Kartellgefahr

Die Hochschulen, ihre Träger (Bund und Kantone) sowie die gemeinsamen Organe, so führte Dell'Ambrogio aus, kümmerten sich fast alle um alles, das heisst um die gleichen Aufgaben, namentlich Strategieentwicklung, Schwerpunktbildung, Nachwuchsförderung und internationale Beziehungen. Die Zusammenarbeit der Akteure biete zwar Vorteile, führe manchmal aber auch zur Verwässerung von Verantwortung. Der neue Chefbeamte für Wissenschaftspolitik sieht sogar die Gefahr, dass gewissermassen Kartelle entstehen, die wenig Innovationen hervorbringen und keine neuen Mitspieler zulassen möchten, wie es der Tessiner im Fall der Universität der italienischen Schweiz vor Jahren selber erlebt hat.

Aus dieser Kritik ergibt sich das Postulat, Kooperation, die ja für die Partner unmittelbar interessant sein soll, nicht zusätzlich zu finanzieren (wie es der Bund unter mehreren Titeln tut). Überhaupt sei eine gute Ausstattung aller Beteiligten (wie sie momentan gegeben scheint) eine schlechte Voraussetzung für Strukturänderungen. Sodann sollte sich die gemeinsame Planung auf

Investitionen in kostenintensiven Bereichen beschränken. Die künftige «Hochschullandschaft» sei nicht als Institution, sondern als Wettbewerbsraum mit bestimmten Regeln zu verstehen. Die spezifische Ausgestaltung der Hochschulautonomie könnte eventuell ebenfalls ein Element des Wettbewerbs sein – im Tessin machte man mit der Überlassung von Vermögen und mit privatrechtlichen Anstellungen gute Erfahrungen.

Wichtig ist in dieser Konzeption, dass ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, die der Nationalfonds und andere Stellen für kompetitive Projekte vergeben können. Die Konkurrenz spielt im Weiteren bei den Forschungsprogrammen der EU. Die schweizerische Vollbeteiligung ist bis 2013 gesichert. Sollte die Fortsetzung nicht zustande kommen, hätte dies laut Dell'Ambrogio schwere Konsequenzen; doch wäre es nicht undenkbar, die Gelder anders zu verwenden.

Wohin gehören die Fachhochschulen?

Zum Entwurf für ein Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, der die Prinzipien von Kooperation und Konkurrenz beide berücksichtigt, äusserte sich Dell'Ambrogio nicht näher. In der Vernehmlassung zeigten sich vor allem Differenzen bei der Frage, welche Stellung die Fachhochschulen einnehmen sollen. Früher war im Parlament unbestritten, dass für die Hochschulen aller Typen ein gemeinsamer Rahmen zu schaffen sei. Jetzt, während bereits Master-Studiengänge angeboten werden, werden von links und rechts Befürchtungen geäußert, die Fachhochschulen würden von der Berufsbildung abgekoppelt. Der neue Staatssekretär, der selber kantonale parlamentarische Erfahrung hat, wünscht sich hier von der Politik eine Klärung des Auftrags.